

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Weltwirtschaft - Dollar - Teilzeitarbeit - Ungarn-UdSSR - Verschuldung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Weltwirtschaft - Dollar - Teilzeitarbeit - Ungarn-UdSSR - Verschuldung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 3, pp. 109-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135166>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Weltwirtschaft

Ausrangiertes Lokomotiv-Konzept?

Nach den jüngsten Beschlüssen der EG-Finanzminister und des wirtschaftspolitischen Ausschusses der OECD haben alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag zur Erzielung eines höheren Wachstums zu leisten. Damit zeichnet sich zumindest vorerst eine Abkehr von der „naiven“ Lokomotiven-Theorie ab, nach der die drei größten Volkswirtschaften USA, Japan und die Bundesrepublik durch forcierte Ankurbelungsmaßnahmen die anderen Staaten in den Aufschwung mitziehen sollen.

Für die Bundesregierung, die sich in den letzten Monaten hartnäckig geweigert hat, zusätzliche Konjunkturspritzen zu verabreichen, ist dieses Ergebnis als Erfolg zu werten. Vor allem die großen europäischen Handelspartner haben bisher immer ein wichtiges Argument gegen die Lokomotiven-Strategie überhört, die Gefahr eines erneuten Anheizens der Inflation. Zumindest hierzulande ist man sich darüber einig, daß eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit die allzulange Hinnahme hoher Inflationsraten ist. Außerdem überschätzen die Verfechter der Lokomotiven-Strategie die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik. Neueste Berechnungen des US-Finanzministeriums und der National Citibank zeigen, daß selbst die von allen drei „Lokomotiven“ ausgehenden Stimulierungseffekte nur marginale Bedeutung besitzen.

Durch die Verlautbarungen von EG und OECD sind die Anhänger von Lokomotiven-Konzepten allerdings nicht von der Bildfläche verschwunden. So fordert der britische Schatzkanzler weiterhin Maßnahmen zur Ankurbelung der Weltwirtschaft von der Bundesrepublik und Japan, was wohl vor allem damit zu erklären ist, daß London von den eigenen Problemen ablenken möchte. Und da auch bei der Carter-Administration noch kein entsprechender Lernprozeß stattgefunden zu haben scheint, ist mit einer erneuten Aufnahme der Diskussion auf dem Gipfeltreffen im Juli dieses Jahres zu rechnen. dw

Dollar

Politischer Verfall

Nachdem der Dollar in der jüngsten Währungs-krise die von vielen als magisch angesehene Grenze von zwei Mark unterschritten hatte, mehrten sich die Stimmen, die angesichts der Taten-

losigkeit der amerikanischen Behörden auch für die Bundesrepublik eine erneute Einführung von Kapitalverkehrskontrollen forderten. Dies wäre allerdings ein Schritt in die falsche Richtung, denn wie wenig Kapitalverkehrskontrollen in spekulativen Phasen bewirken können, haben die Erfahrungen der Vergangenheit eindeutig gezeigt und die jüngsten Erfahrungen wieder bestätigt. Somit scheint der Bundesrepublik nur die Möglichkeit zu bleiben, weiterhin am Devisenmarkt zu intervenieren und damit die interne Stabilität zu gefährden – ein Ergebnis, das Carters „Lokomotiv-Theorie“ nachträglich zum Durchbruch verhelfen würde.

Spätestens an dieser Stelle drängt sich aber die Vermutung auf, daß der starke Verfall des Dollarkurses im wesentlichen nicht Ausdruck einer ökonomischen, sondern vielmehr einer politischen Krise ist. Teilt man diese Auffassung, dann sollten die Interventionen zugunsten des Dollars vorübergehend eingestellt werden. Kommt es dadurch zu einem noch stärkeren Wertverlust des Dollars, dann wird zum einen die Gegenspekulation wahrscheinlich wesentlich schneller einsetzen, denn auch der „Markt“ hält den Dollar gegenwärtig für unterbewertet. Zum anderen ist damit zu rechnen, daß ein extrem schwacher Dollar auch andere Staaten dazu veranlaßt, Washington an seine Verantwortung für den Dollar zu erinnern. Um die negativen Konsequenzen eines politisch motivierten Dollarverfalls für die deutsche Exportwirtschaft zu mildern, könnte man überlegen, ob Steuererleichterungen oder Preissubventionen für die in den Dollarraum exportierenden Unternehmen nicht geeignetere Maßnahmen sind als die Stützung des Dollarkurses durch die Bundesbank. ge

Teilzeitarbeit

Optische Kosmetik

Auf dem 10. DGB-Beamtentag forderte der Vorsitzende des DGB, H. O. Vetter, zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage eine personelle Ausweitung des öffentlichen Dienstes. Nachdem derartige Forderungen angesichts der herrschenden restriktiven Personalpolitik der öffentlichen Arbeitgeber immer wieder erhoben worden sind, hat es diesmal den Anschein, als ob die Bundesregierung ihnen – jedenfalls zum Teil – entgegenkommt: Zur Entlastung des Arbeitsmarktes bezeichnete Bundesinnenminister Maihofer es als vordringlich, speziell die Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst auszuweiten. Ähnlich äußerte sich Bundeskanzler Schmidt auf dem erwähnten Beamtentag.

Tatsächlich kann man durchaus darüber diskutieren, warum sich der Staat in seiner Personalpolitik nicht ebenso konjunkturgerecht verhalten sollte, wie er es im Rahmen seiner antizyklischen Fiskalpolitik schon längst zu tun versucht. Eine spürbare Vermehrung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen erscheint – trotz aller Vorbehalte der Verwaltungen – auf den ersten Blick als sinnvoll, da gerade hier ein Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit besteht und darüber hinaus die öffentliche Hand mit der Teilzeitarbeit auch gesellschaftspolitische Zielsetzungen verbinden kann.

Bei näherer Betrachtung jedoch bedeutet eine einseitige Förderung der Teilzeitarbeit gegenwärtig lediglich eine Verbesserung der sogenannten Doppelverdienstmöglichkeiten, ohne daß sich dabei die Beschäftigungschancen für arbeitslose Einzelverdiener verbessern. Beschäftigungspolitisch muß diese Zielsetzung zumindest als fragwürdig gelten. Angesichts der bevorstehenden Wahltermine scheint es hierbei wohl auch eher um die optische Kosmetik einer statistischen Größe – der Arbeitslosenquote – zu gehen. sf

Ungarn–UdSSR

Probleme mit dem Ölpreis

Ungarn ist wie die Mehrzahl der RGW-Länder im Energie- und Rohstoffbereich auf Rohölimporte aus der UdSSR angewiesen. Von den enormen Preissteigerungen auf dem Weltrohölmarkt blieb das Land zunächst verschont. Seit 1975, als die Sowjets begannen, den Ölpreis schrittweise nach oben zu schrauben, mußten jedoch auch die Ungarn erkennen, daß die brüderliche Verbundenheit Grenzen hat. Die letzte Erhöhung um rund 20% mußte Ungarn Anfang dieses Jahres hinnehmen. Damit liegt der an die UdSSR zu zahlende Rohölpreis jetzt nur noch 25% unter dem Weltmarktniveau.

Im Westen wurde mit einer gewissen Überraschung zur Kenntnis genommen, daß Ungarn diesem drastischen Preisanstieg dadurch entgegenwirkte, daß es einseitig beschloß, den Wechselkurs des Forint gegenüber dem transferablen Rubel – in dem die Zahlungen an die UdSSR erfolgen – um eben diese 20% anzuheben und so einen Wertausgleich im gegenseitigen Handel vorzunehmen. Damit haben die Ungarn den von ihnen gefürchteten Inflationsimport abgewehrt – vorausgesetzt die Sowjets akzeptieren diesen Schachzug.

Hieran bestehen jedoch erhebliche Zweifel. Denn zum einen hängen die bilateral effektiv gezahlten Preise von der ungarischen Verhandlungsposition ab, und die ist – etwa im Gegensatz zur DDR,

dem großen Maschinenlieferanten der UdSSR – ungünstig. Außerdem würde ein Hinnehmen des ungarischen Schrittes nicht nur die Öleinnahmen, sondern vor allem auch das sowjetische Prestige mindern. Zum zweiten könnten sich Systemprobleme ergeben: Würde die UdSSR das Vorgehen der Ungarn akzeptieren, könnte dieses Beispiel Schule machen. Dann entstünde die Gefahr, daß das bilateral organisierte RGW-Verhandlungs- und Verrechnungssystem pervertiert und nicht mehr im erforderlichen Maße plan- oder steuerbar sein würde. Dies wird mit Sicherheit von den wenigsten Ländern im RGW gewünscht. So darf man auf die Reaktionen der UdSSR und der anderen RGW-Partner gespannt sein. iwe

Verschuldung

Plausibler Vorschlag

Die Bundesregierung hat ihre Haltung in der Frage überprüft, wie sie den Entwicklungsländern bei der Lösung der Verschuldung helfen will. Galt bislang der Grundsatz, daß nur in Einzelfällen Umschuldungen zusammen mit anderen Geberländern erfolgen sollen, so zeichnet sich jetzt die Bereitschaft ab, in Zukunft den ärmsten Entwicklungsländern unentgeltliche Leistungen zur Verfügung zu stellen. Die bisher vereinbarten Kredite sollen diesen Konditionen je nach Lage im Einzelfall angepaßt werden. Mit diesem Vorschlag will die Bundesregierung den Forderungen der Entwicklungsländer nach einem Schuldenerlaß entgegenreten und an Stelle des bisher harten Nein eine positive Alternative anbieten.

In der Tat überzeugt dieser Plan: Die sachbezogenen Argumente gegen eine allgemeine Schuldenerstreichung sind von den Entwicklungsländern nicht widerlegt worden. Die Einzelfallentscheidung erlaubt zudem eine flexible Anpassung des neuen Instruments und stellt mithin einen wirksamen Beitrag zur Hilfe an die Länder dar, die für die weitere Entwicklung auf einen Schuldenerlaß angewiesen sind. Die Plausibilität dieses Konzepts dürfte langfristig auch in anderen Industrie- und Entwicklungsländern Zustimmung finden. Durch die vorgesehene selektive Umschuldung können entwicklungspolitisch sinnvolle Alternativen angeboten werden, die zumindest teilweise das frostige Klima im Nord-Süd-Dialog verbessern helfen. Die Entwicklungsländer müssen ihrerseits zur Kenntnis nehmen, daß das harte Nein durch einen finanziell tragbaren Alternativvorschlag ersetzt worden ist, mit dem sich schnelle Lösungen verbinden. Damit ist vielen armen Staaten mehr geholfen als mit Gruppensolidarität und einem Aufder-Stelle-Treten bei den Verhandlungen über die Schuldenprobleme. mk